



G7-Energieministertreffen in Hamburg

KOMMUNIQUE

Hamburg G7-Initiative für nachhaltige Energiesicherheit

Wir, die Energieminister und ihre Vertreter Deutschlands, Frankreichs, Italiens, Japans, Kanadas, des Vereinigten Königreichs und der Vereinigten Staaten von Amerika sowie der Europäische Kommissar für Klima und Energie, sind am 11. und 12. Mai 2015 in Hamburg zusammengekommen, um die seit unserer letzten Zusammenkunft in Rom erzielten Fortschritte zu erörtern sowie unter Berücksichtigung der jüngsten Entwicklungen auf den Märkten weitere Initiativen zur effektiven Verbesserung der nachhaltigen Energiesicherheit der G7-Staaten und darüber hinaus zu beschließen.

Wir bekräftigen, dass wir uns den von uns beim letzten Energieministertreffen in Rom 2014 beschlossenen Grundsätzen bezüglich der Energieversorgungssicherheit weiterhin verpflichtet fühlen. Wir begrüßen die seit der Zusammenkunft im letzten Jahr erzielten und im Umsetzungsbericht zur G7-Energieinitiative von Rom dargestellten Fortschritte. Wir werden mit der Umsetzung der G7-Energieinitiative von Rom fortfahren.

Wir glauben, dass widerstandsfähige und sichere Energiesysteme als Grundlage für wirtschaftlichen Wohlstand und wirtschaftliche Entwicklung vonnöten sind. Wir betonen die Notwendigkeit einer nachhaltigen Energieversorgungssicherheit. Wann immer möglich, sollten Maßnahmen zur Verbesserung der Energieversorgungssicherheit sowohl ökonomisch als auch ökologisch nachhaltig sein. Wir glauben, dass diese Maßnahmen dazu beitragen werden, wettbewerbsfähige und erschwingliche Energiepreise für Verbraucher und die Industrie zu erreichen und auf diese Weise Wirtschaftswachstum, Beschäftigung und soziale Entwicklung ermöglichen, die Produktivität steigern und das Erzielen von Einkommen erleichtern werden. Wir betrachten die Steigerung der Energieeffizienz und den verstärkten Einsatz von Technologien zur Nutzung erneuerbarer Energien sowie weiterer kohlenstoffarmer Technologien, wie auch funktionierende und integrierte Märkte als wichtige Säulen eines sicheren und nachhaltigen Energiesystems.

Wir betrachten die Diversifizierung als Kernelement der Energiesicherheit. Wir verfolgen das Ziel einer weiteren Diversifizierung des Energiemixes sowie der Energieträger, Energiequellen und Versorgungswege. Wir glauben, dass diese kurz-, mittel- und langfristig zu einer verbesserten Widerstandsfähigkeit der Energiesysteme gegen Unterbrechungen der Versorgung beitragen wird.

Wir bekräftigen, dass laut der Wissenschaft erhebliche Verringerungen der globalen

Treibhausgasemissionen erforderlich sind, und betonen die Dringlichkeit einer konsequenten Energiewende, um wirtschaftliches Wachstum von Kohlenstoffdioxid-emissionen zu entkoppeln. Wir rufen alle Staaten auf, ihre vorgesehenen nationalen Beiträge (INDCs) mit deutlichem Vorlauf vor der COP 21 einzureichen. In diesem Zusammenhang bekräftigen wir die entscheidende Bedeutung der COP 21 im Dezember 2015 in Paris für den Abschluss eines globalen Abkommens – eines neuen Protokolls, eines anderen Rechtsinstruments oder eines vereinbarten, rechtlich bindenden Ergebnisses im Rahmen der Konvention – ehrgeiziger, solider und integrativer Natur, und fühlen uns weiterhin dazu verpflichtet, unseren Teil dazu beizutragen, den globalen Temperaturanstieg auf effektive Weise auf unter 2°C gegenüber dem vorindustriellen Niveau zu begrenzen.

Vor dem Hintergrund der Krise zwischen Russland und der Ukraine und in Bekräftigung der auf dem G7-Energieministertreffen 2014 in Rom verabschiedeten Grundsätze stimmen wir überein, dass Energiestreitigkeiten im Wege des Dialogs auf der Grundlage von Gegenseitigkeit, Transparenz und fortgesetzter Zusammenarbeit beigelegt werden sollten. Wir sind weiterhin tief besorgt über die andauernde Instabilität in der Ukraine, die eine weit größere Gefahr für Energiesicherheit in der Region darstellt. Wir rufen zu einer sofortigen Lösung der Krise auf und bekräftigen unser Bekenntnis, dass Energie weder als Mittel politischen Zwangs noch als Bedrohung für die Sicherheit eingesetzt wird.

Wir haben die folgenden Bereiche als gemeinsame Handlungsfelder für die enge Zusammenarbeit mit unseren Partnern erkannt:

I. Sichere Energiesysteme

Transparente, liquide und wettbewerbsfähige Märkte sind eine Voraussetzung für die Energieversorgungssicherheit; sie werden durch eine Diversifizierung der Lieferländer und der Versorgungswege unterstützt.

Transparente, liquide und wettbewerbsfähige Gasmärkte

Wir stimmen überein, dass vollständig vernetzte und liquide Gasmärkte eine Übermacht einzelner marktbeherrschender Anbieter verhindern und Verbrauchern Wahlmöglichkeiten bieten. Wir stimmen außerdem überein, dass es erforderlich ist, die Integration der Gasmärkte voranzutreiben; beispielsweise durch die Schaffung stabiler Bedingungen für Investitionen in physische Infrastruktur zur besseren Vernetzung, einschließlich Kapazitäten zur Strömungs-umkehr, nachdem eine Prüfung der Risiken, Kosten und Nutzen erfolgt ist. In Anerkennung des wertvollen Beitrags von Flüssigerdgas (LNG) zur globalen Gasversorgungssicherheit kommen wir darin überein, weitere Schritte zur Schaffung eines flexibleren und transparenteren Flüssigerd-gasmarktes zu unternehmen. Eine enge Zusammenarbeit mit bestehenden Prozessen wie der LNG-Producer-Consumer Conference in Tokio sollte geprüft werden.

Stromversorgungssicherheit und Widerstandsfähigkeit

Wir vereinbaren, die Zusammenarbeit zur gründlichen Bewertung der Schwachstellen unserer Energiesysteme fortzuführen. Im Anschluss an die Belastungstests zur Gasversorgung und nationale

Bewertungen durch G7-Staaten, stimmen wir darin überein, dass eine weitere Untersuchung der Schwachstellen unserer Stromversorgungssysteme erforderlich ist.

Immer mehr Länder gehen den Weg eines raschen Ausbaus erneuerbarer Energien. Mit dem Wandel der Energiesysteme und der damit verbundenen Senkung der Treibhausgasemissionen gehen eine Reihe von Herausforderungen einher, zu denen die Frage zählt, wie sich die wachsenden Anteile erneuerbarer Energien in die Stromversorgungssysteme integrieren lassen. Wir sehen die G7 in einer Führungsrolle dabei, die Voraussetzungen zur Bewältigung dieser Herausforderung zu verstehen sowie die Schaffung der für neue Investitionen im Strombereich erforderlichen Bedingungen zu unterstützen.

Cyber-Sicherheit im Energiebereich

Cyberbedrohungen der Energieversorgungssysteme werden immer komplexer und ausgeklügelter. Die Energiesysteme, die auf einem Netzwerk digitaler Prozesse beruhen, das sicherstellt, dass Energie durch vernetzte, zur Überwachung und Kontrolle der erforderlichen Infrastruktur und Dienstleistungen eingesetzte elektronische Geräte und Kommunikationsgeräte erzeugt, übertragen und verteilt wird, bilden das Rückgrat unserer Volkswirtschaften. Da diese Systeme in immer höherem Maße über die gesamte Energiewertschöpfungskette hinweg inter-operabel und vernetzt sein müssen, werden unterstützende Strukturen sowie Infrastruktur benötigt.

II. Unterstützung der am meisten gefährdeten Länder, einschließlich der Ukraine

Wir begrüßen die Tatsache, dass in der Ukraine seit unserer letzten Zusammenkunft erhebliche Energiereformen angestoßen und in bedeutendem Umfang Kapazitäten zur Stömungsumkehr (reverse flow) geschaffen wurden, die der Ukraine zugutekommen. Gleichwohl appellieren wir an die Ukraine, mit der Umsetzung der entscheidenden Reformen im Bereich der Energiepolitik fortzufahren. Wir bekräftigen unsere Unterstützung für die Ukraine und andere gefährdete Länder bei der Reform ihrer Energiepolitik hin zu wirtschaftlich soliden, transparenten, sicheren und nachhaltigen Energiesystemen. In diesem Zusammenhang begrüßen wir alle Anstrengungen zur Unterstützung der Ukraine bei der Bewältigung der enormen Aufgaben, vor denen das Energiesystem steht. Wir begrüßen die Bemühungen im Rahmen der trilateralen Gespräche zwischen der EU, der Ukraine und Russland, zu einer nachhaltigen Einigung über Gaslieferungen zu gelangen.

III. Energieeffizienz

Wir betonen, dass Energieeffizienz entscheidend für die Verbesserung einer nachhaltigen Energieversorgungssicherheit ist und zur Wettbewerbsfähigkeit unserer Volkswirtschaften beiträgt. Die Energieeffizienz sollte als unser „Energieträger Nummer eins“ und kostengünstigstes Mittel zur Deckung unserer Nachfrage nach Energie betrachtet werden. Wir verpflichten uns dazu, das große ungenutzte Potenzial für Energieeffizienzsteigerungen zu nutzen und verfolgen das Ziel, unsere Volkswirtschaften durch eine Steigerung der Energieproduktivität zu stärken und wettbewerbsfähiger zu machen. Wir rufen weitere Länder auf, sich unseren Anstrengungen anzuschließen und

über Möglichkeiten zur Steigerung der Effektivität der Arbeiten im Bereich der Energieeffizienz nachzudenken.

IV. Energieressourcen und innovative Energietechnologien

Heimische Ressourcen stellen eine wichtige Möglichkeit zur Diversifizierung des Energiemixes dar. Wir unterstützen die verstärkte Nutzung von Energieeffizienz und erneuerbaren Energien sowie anderer heimischer Ressourcen (einschließlich der als Grundlast nutzbaren Kernenergie, in den Ländern, die sich dafür entscheiden). Wir erkennen an, dass fossile Brennstoffe für einige Zeit ein wichtiger Bestandteil des Energiemixes bleiben werden, während wir nach und nach den Ausstoß von Treibhausgasen in unseren Energiesystemen verringern. In diesem Zusammenhang ermutigen wir die Länder, die sich für Kohlenstoffbindung, -nutzung und -speicherung entscheiden, gemeinsam große Demonstrationsprojekte zu erarbeiten und Länder, die sich für die Entwicklung und Nutzung von Schiefergas und anderen unkonventionellen Ressourcen entscheiden, für eine sichere und verantwortungsvolle Entwicklung zusammen zu arbeiten. Wir bleiben dem Ziel der Abschaffung ineffizienter Subventionen für fossile Brennstoffe verpflichtet.

Wir unterstützen zudem weitere Investitionen in Forschung und Entwicklung sowie die Förderung des Ausbaus innovativer Energietechnologien. In diesem Zusammenhang leisten weitere Steigerungen der Leistungsfähigkeit und Kostensenkungen bei Technologien wie intelligenten Netzen, Systemoptimierung, Energiespeicher, Elektrofahrzeuge, Offshore-Windenergie und andere Optionen zur Flexibilisierung wesentliche Beiträge zu einer nachhaltigen Energiesicherheit.

Von Grundsätzen zu Taten – Hamburg Initiative für nachhaltige Energiesicherheit

Auf Grundlage der in Rom vereinbarten Grundsätze stimmen wir darin überein, zusätzliche gemeinsame Maßnahmen zu einer weiteren Steigerung der nachhaltigen Energiesicherheit innerhalb der G7-Staaten und darüber hinaus zu ergreifen.

1. Wir begrüßen die Empfehlungen für die Verbesserung der Gasversorgungssicherheit, die auf Bitten der G7-Energieminister von der IEA entwickelt wurden, und kommen darüber überein, eine Umsetzung dieser Empfehlungen genau zu prüfen. Wir bitten die IEA, aufbauend auf ihrer Zusammenarbeit mit der Europäischen Kommission und anderen weitere Ratschläge zu Optionen zur Stärkung der Widerstandsfähigkeit und der Flexibilität der Gasmärkte zu machen und dabei sowohl Pipeline-Gas wie auch Flüssigerdgas zu berücksichtigen. Diese sollten auch auf Aspekte der Notfallvorsorge, vertragliche Vereinbarungen, Gasspeicherstätten, heimischer Gasvorkommen und Infrastrukturprojekte eingehen.
2. Wir werden uns weiterhin zu Themen der Bewertung von Energiegefährdungen austauschen und gemeinsam daran arbeiten, insbesondere in Bezug auf die Versorgungssicherheit im Strombereich und die entsprechenden Wechselwirkungen. Dies wird Fragen grenzüberschreitender Stromflüsse, akzeptabler Risikoschwellen für Unterbrechungen der Versorgung, des Lastmanagements und der Infrastruktur beinhalten. Zudem bitten wir die IEA in enger Zusammenarbeit mit IRENA eine Bewertung der effektivsten Optionen zur Sicherstellung der

Stromversorgungssicherheit durchzuführen, einschließlich derer, die durch eine erhöhte Systemflexibilität zur Integration variabler Erzeugungsmengen beitragen.

3. Wir verpflichten uns dazu, die Cyber-Sicherheit im Energiebereich zu verbessern. Diese Arbeit sollte eine Analyse unserer verschiedenen Ansätze, einen Austausch von Definitionen und Methoden zur Erkennung von Cyber-Gefahren und Gefährdungen, die Verbreitung bewährter Praktiken sowie Investitionen in Fähigkeiten im Bereich Cyber-Sicherheit und den Aufbau entsprechender Kapazitäten beinhalten.
4. Wir bekräftigen, dass wir uns zutiefst verpflichtet fühlen, gefährdete Länder einschließlich der Ukraine bei ihren Anstrengungen zur Reform und Liberalisierung ihrer Energiesysteme mit dem Ziel einer Steigerung ihrer Energiesicherheit zu unterstützen. Dies wird Bemühungen zur Förderung von Investitionen in Energieinfrastruktur und Energieeffizienz in der Ukraine und anderen Ländern der Energiegemeinschaft beinhalten. Wir werden weiterhin eng mit der Ukraine über einen Fahrplan für Energiereformen, Pläne zur Verbesserung der Widerstandsfähigkeit und Fragen der zukünftigen Gasversorgung beraten. Wir rufen die IEA, IRENA und die internationalen Finanzinstitutionen dazu auf, sich an unseren Anstrengungen zur Unterstützung der Ukraine und anderer besonders gefährdeter europäischer Länder zu beteiligen.
5. Wir kommen überein, eine Analyse der wichtigsten Maßnahmen für die Energieeffizienz und deren Umsetzung in den G7-Ländern durchzuführen. Wir werden weiterhin die Schaffung von Unternehmensnetzwerken zur Energieeffizienz sowie den Dialog zwischen diesen fördern. Gemeinsam mit der Europäischen Kommission werden wir den Aufbau energiebezogener Produktdatenbanken für eine bessere Transparenz bezüglich der Energieeffizienz von Produkten erwägen. Wir bitten die IEA darum, diese Analyse gemeinsam mit IPEEC und anderen Foren durchzuführen und Empfehlungen für diese Initiativen zu entwickeln.
6. Wir verpflichten uns dazu, untereinander und mit anderen gleichgesinnten Ländern die allgemeine Koordination und Transparenz bezüglich der globalen Ausgaben für Forschung, Entwicklung und Demonstration im Bereich der erneuerbaren Energien zu stärken. Wir kommen auch darin überein, durch den Austausch bewährter Praktiken unter den relevanten nationalen und internationalen Akteuren auf eine weitere Kostensenkung bei der Offshore-Windenergie hinzuwirken.

Wir werden die Hamburg G7-Initiative für nachhaltige Energiesicherheit unseren Staats- und Regierungschefs auf dem G7-Gipfel in Schloss Elmau zur Entscheidung vorlegen.